



Landesverteidigungsakademie
Wien

GAZA 2010 - ISOLIERUNG, ISLAMISIERUNG UND FRAGMENTIERUNG DER PALÄSTINENSER

Wolfgang Mühlberger

Der Abzug von Tsahal (Israelische Armee) und der israelischen Siedler aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 erfolgte unilateral, ohne Koordinierung mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Die israelische Regierung hatte lediglich mit der Hamas verhandelt, um einen Abzug unter Beschuss auszuschließen. Das daraus entstandene Machtvakuum konnte die Hamas keine zwei Jahre später endgültig füllen. Von da an deklarierte der seit März 2006 amtierende Ministerpräsident Ismail Hanijeh den politischen Führungsanspruch im Gazastreifen für sich, worauf Israel das Gebiet zur „feindlichen Entität“ erklärte. Vor diesem Hintergrund hat sich Mahmud Abbas, Präsident der PA mit Sitz in Ramallah und Architekt des Oslo-Abkommens, nun erneut zu direkten Verhandlungen mit Israel bereit erklärt – allerdings zu einem Zeitpunkt, zu dem die innerpalästinensische Versöhnung zwischen Hamas und Fatah bereits schier unmöglich und die daraus entstehende Fragmentierung der PA kaum überwindbar scheint.

Vom taktischen Abzug zur systematischen Abriegelung: divide et impera

Am 12. September 2005 verließ der letzte israelische Soldat den Gazastreifen, nachdem zuvor knapp 7000 jüdische Siedler nach Israel repatriert worden waren, die seit 1967 (Ende der ägyptischen Verwaltung) im Schutze der Armee leben konnten. Tsahal (Engl. IDF) zog sich bis zur Waffenstillstandslinie (Grüne Linie) zurück, die durch eine – bis auf wenige Grenzübergänge – undurchlässige Sperranlage markiert ist. Damit wurde ein wichtiges

Element des Abkoppelungsplanes von Sharon umgesetzt. Zur Gewährleistung einer minimalen Mobilität zwischen den geografisch getrennten Gebieten Westbank und Gaza, wurde noch im selben Jahr das AMA (Agreement on Movement and Access) ausgehandelt.

Im folgenden Jahr kam es mit dem Wahlsieg der Hamas bei den Parlamentswahlen in den Gebieten der PA zu einem politischen Ereignis von enormer Tragweite. Um neben diesem politischen Erfolg dennoch den ursprünglichen Charakter der Widerstandsbewegung

IFK Monitor
September 2010

zu unterstreichen, überfiel ein Kommando der Izz Ad-Din Al-Qassam Brigaden (militärischer Flügel der Hamas) einen Grenzposten und entführte dabei den Soldaten Gilead Schalit. Tsahal reagierte prompt mit einer begrenzten Militärintervention, die den euphemistischen Titel *Summer Rain* trug, jedoch nicht zur Freilassung des Korporals führte.

In der Zwischenzeit verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der PA, in welcher die Fatah nach wie vor die Führung beanspruchte, und der Hamas zunehmend. Letztere war außerdem durch zahlreiche Verhaftungen ihrer Regierungsmitglieder in der politischen Repräsentationsfähigkeit geschwächt. Dennoch führte ein saudi-arabischer Vermittlungsversuch zwischen den Parteien im Februar 2007 zum Mekka-Übereinkommen sowie zu einer Neuauflage der *Regierung Nationaler Einheit*. Simultan wurden diese politisch-diplomatischen Anstrengungen aber durch die Versuche unterlaufen, die Fatah-Kräfte im Gazastreifen aufzurüsten. Der innerpalästinensische Streit um die Kontrolle der Exekutive eskalierte infolge und führte zur Machtübernahme durch die Hamas im Juni 2007. Dies löste die Flucht hochrangiger Fatah-Politiker, so auch von Mohammed Dahlan (vormaliger Sicherheitschef der Fatah in Gaza), in die Westbank aus. Infolgedessen wurde der seit der zweiten Intifada bestehende wirtschaftliche Boykott Gazas durch Israel intensiviert. Andererseits startete die internationale Gemeinschaft durch den Westbank First-Ansatz den Versuch, eine ökonomische Dividende für das de facto verbliebene Herrschaftsgebiet der als moderat geltenden Fatah zu generieren.

Ägypten: Vermittlungsversuche und Eindämmungspolitik

Die durch das Wirtschaftsembargo hervorgerufene ökonomische Misere war denn auch ursächlich für das Ausbrechen tausender Palästinenser an der Südgrenze des Gazastreifens nach Ägypten im Jänner 2008. Die ägyptische Regierung ist zwar an einer Eindämmung des politischen Phänomens Hamas interessiert, muss jedoch, unter Rücksichtnahme auf Sympa-

thien der eigenen Bevölkerung für die Palästinenser, die Grenze zu Gaza in regelmäßigen Abständen für humanitäre Zwecke öffnen. Ein wichtiger Bestandteil der ägyptischen Eindämmungsstrategie ist die Vermittlungsrolle zwischen Israel und der Hamas, die dem Land außerdem zusätzliches Gewicht auf dem regionalen politischen Schachbrett verleiht. So gelang es im Juni 2008, einen „bilateralen“ Waffenstillstand zwischen den verfeindeten Parteien zu erwirken, der dem Raketenbeschuss Israels erfolgreich einen Riegel vorschoben konnte. In Unterlaufung des Abkommens wurden bei einer israelischen Militäraktion am 4. November sechs Hamas-Aktivisten getötet, weshalb das Waffenstillstandsübereinkommen hinfällig wurde. Militante feuerten nun wieder vermehrt Raketen Richtung Israel, was schlussendlich den Vorwand für eine Militärintervention lieferte. Am 27. Dezember 2008, startete Tsahal *Gegossenes Blei*. Der Einsatz sollte das Abschreckungspotential nach der relativen Schlappe im Libanon 2006 reetablieren und die gesamte Infrastruktur des Gazastreifens, inklusive der militärischen Elemente, nachhaltig zerstören. Bei dem Angriff wurde als einer der wenigen Kader der Hamas-Innenminister, Said Siyyam, getötet.

Kurz zuvor, am 9. Jänner, war die Amtsperiode von Mahmud Abbas, ohne Aussicht auf baldige Neuwahlen, abgelaufen. Dadurch wurde sein legales Mandat auf jenes des PLO-Vorsitzes reduziert und die demokratische Repräsentanz der PA weiter eingeschränkt. Die im Februar darauf abgehaltenen Wahlen in Israel führten zu einem bemerkenswerten Rechtsruck. Jene unter Benjamin Netanjahus Likud gebildete Koalition griff auf ultrarechte Partner wie *Beitenu* und *Sbas* zurück, deren Hauptvertreter wahlweise einen „palästinensischen Exodus“ oder deren „Pestillenzbefall“ wünschen. Im Mai 2009 wurde - in Ermangelung der Perspektive einer Neuauflage der *Regierung Nationaler Einheit* zwischen Fatah und Hamas - in der Westbank eine Übergangsregierung unter Fatah-Führung mit Premierminister Salam Fayyad ausgerufen. Diese ist seither im Amt und zementiert so die Trennung zwischen der Westbank und Gaza.

Realpolitische Zwickmühle: Hamas zwischen Widerstandsrhetorik und Machterhalt

Da mit zunehmender Verweildauer an der Macht die politischen Kosten für die Hamas steigen, ist es ihr ein Anliegen, weder die eigene Bevölkerung gegen sich aufzubringen, noch eine militärische Reaktion Israels zu provozieren. Dies erklärt vor allem die Einstellung des Raketenbeschusses durch die Qassam-Brigaden sowie die Inhaftierung von Militanten salafistischer und dschihadistischer Splittergruppen (Dschund Ansar Allah und Dschaisch al-Umma). Faktisch hat mittlerweile eine Machtteilung innerhalb der Hamas im Gazastreifen stattgefunden. Der Regierungschef Haniyeh ist auf die zivile Verwaltung beschränkt, wohingegen Ahmad Al-Jaabari, der Anführer der Qassam-Brigaden, über die bewaffnete, militärische Komponente waltet. Haniyeh, der als Moderater gilt, sieht sich einer permanenten Bewährungsprobe an drei Fronten ausgesetzt: gegenüber dem allmächtigen Politbüro unter Khalid Meschal in Damaskus, der alten Garde und den Qassam-Militanten.

Die ursprünglich gedeihliche Beziehung zwischen dem Hamas-Innenministerium unter Said Siyyam und den Qassam-Brigaden erfuhr mit der Nominierung von Fathi Hamad (Innenminister seit 2009) eine merkliche Verschlechterung, da er, ähnlich wie Haniyeh, keine gute Beziehung zu Al-Jaabari unterhält. Der Hauptgrund dafür liegt in der graduell veränderten Zusammensetzung der Executive Force und anderer Polizeieinheiten des Innenministeriums. Die zunehmende Auffächerung der Sicherheitsagenden und ihrer Träger führte nämlich zu vermehrter Qassam-externer Anwerbung, wodurch die Brigaden direkten Einfluss eingebüßt haben.

Schleichende Islamisierung der Gesellschaft und öffentliche Wahrnehmung der Hamas-Regierung

Trotz ihrer ideologischen Orientierung an einem islamischen Ideal lässt sich die Hamas in Gaza viel Zeit bei der Umsetzung ihrer Islamisierungspläne. Sie möchte den Eindruck vermeiden, die Gebote würden der Bevölkerung aufge-

zwungen werden. Vielmehr soll der Eindruck entstehen, dass eine an und für sich konservative Gesellschaft aus eigenem Antrieb Schritte zur Islamisierung setzt. Dennoch betont Mahmud Al-Sahhar, einer der Chefideologen und Mitglied der alten Garde der Bewegung, dass es seiner Regierung um die Bildung einer neuen, an islamischen Werten orientierten Generation geht. Zur Realisierung dieser Pläne stehen der Hamas drei Mittel zur Verfügung: Gesetze, inklusive deren Durchsetzung durch die Exekutive, Druck (auf Bildungseinrichtungen oder durch Zensur gegen Medien) und die islamische Daawa (Missionierung). Rezente rechtliche Maßnahmen betrafen Bekleidungs Vorschriften für Rechtsanwältinnen, die aufgrund des enormen Widerstandes zumindest verbal zurückgezogen werden mussten. Im Bildungswesen setzt die Hamas auf den Ausschluss männlicher Lehrer für Mädchenklassen oder die Pflicht für Studentinnen den Hidschab (Ganzkörperverhüllung) zu tragen. Auch die Sommercamps der UNRWA (United Nations Relief and Works Agency) – nach wie vor ein Hauptarbeitgeber für die Bevölkerung und zuständig für die Bildung von 250.000 Schülern - wurden von der Hamas aufgrund ihrer gemischt-geschlechtlichen Ausrichtung harsch kritisiert und durch Militante teilweise zerstört. Das Ministerium für Religiöse Angelegenheiten und Islamische Stiftungen hat außerdem Missions-Komitees ins Leben gerufen, die dazu aufrufen, sich keusch zu kleiden und Kinder in religiöse Zirkel einzuschreiben.

Vor diesem Hintergrund interner Ränkespiele, zunehmender Indoktrinierung und wirtschaftlicher Misere lässt sich vor allem eines konstatieren: durch die Notwendigkeit sich um grundlegende Anliegen des Alltags zu kümmern, hat sich ein Gefühl der Apathie in der Bevölkerung Gazas ausgebreitet. Die Wahrnehmung der Popularität der Hamas-Regierung kann aufgrund von Umfragen tatsächlich nur schwer festgemacht werden, da deren Aussagekraft in diesem Umfeld kritisch einzustufen ist. Dennoch sei hier exemplarisch auf die Resultate des PCPSR (Palestinian Center for Policy and Survey Research) hingewiesen. Demnach beurteilt nur ein Drittel der Bevölkerung von Gaza die Leistung

Amtliche Publikation der Republik Österreich Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS,
RoBauer Lände 1,
1090 Wien

Redaktion:
BMLVS, Landesverteidigungsakademie Wien,
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteure:
Walter Feichtinger
Wolfgang Mühlberger

Erscheinungsjahr:
2010

Druck:
BMLVS/ReproZ Wien

der Hamas-Regierung als zufriedenstellend und mehr als die Hälfte würde in Präsidentschaftswahlen für Mahmud Abbas stimmen, allerdings fast 65% für den fiktiven Kandidaten Marwan Barghouti, der sich in israelischer Haft befindet. Hinsichtlich der Legalität der zwei palästinensischen Regierungen sind die Meinungen gespalten: 1/3 pro Hamas, 1/3 pro Fatah, ein weiteres Drittel lehnt beide ab. Im ökonomischen Bereich stößt die Besteuerung von Konsumgütern auf größtmögliche Ablehnung. Was den Raketenbeschuss Israels durch Militante anbelangt, wird eine Eindämmung zwar von einer knappen Mehrheit unterstützt (40%), ein gutes Drittel ist aber dafür. Hauptanliegen der Bevölkerung bleibt aber die Wiederherstellung der palästinensischen Einheit und das Ende des Embargos.

Rezente Lockerung der Blockade

Bis vor kurzem wurden aufgrund des strikten israelischen Embargos Waren fast ausschließlich durch Tunnel geschmuggelt, die den ägyptischen mit dem palästinensischen Stadtteil von Rafah verbinden. Die am 20. Juni 2010 seitens der israelischen Regierung verlautbarte Erleichterung der Blockade führte allerdings zu einer merklichen Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern. Jedoch sind die circa 20.000 Beschäftigten der so genannten Tunnelwirtschaft nun mit Arbeitslosigkeit konfrontiert. Trotz der Lockerung der Blockade bleibt der Import von Baustoffen nach wie vor verwehrt. Dies ist aus zwei Gründen problematisch: die Verwüstungen der letzten militärischen Intervention Israels bedürfen dringender Behebung und der Bausektor zählt zu den wichtigsten Arbeitgebern.

Zementierte Fragmentierung und Ableitungen für das internationale Engagement

Die mit dem israelischen Rückzug aus Gaza eingeläutete Umsetzung des Abkoppelungsplanes führte zu einer umfassenden Trennung des Landstreifens von Israel und zusätzlich zur Fragmentierung zwischen Gaza und der Westbank. Die Existenz der Hamas-Regierung in Gaza kommt den strategischen israelischen Abschottungsplänen durchwegs entgegen, weshalb sich

die Hamas um ihr Bestehen keine grundlegende Sorge machen muss. Denn spieltheoretisch befindet sich die Hamas in einer Win-Win-Situation: weder droht die unmittelbare Ausschaltung von außen, noch liegt es in ihrem Interesse, eine innerpalästinensische Einigung mit der Fatah zu finden, da sie als Alleinherrscher ihre Interessen konsequenter verfolgen kann. Die PLO unter Jassir Arafat rückte erst Anfang der 90er von der bevorzugten Option des bewaffneten Widerstandes gegen die israelische Besatzung ab und suchte eine Lösung am Verhandlungstisch. Die Kardinalfragen lauten daher:

- Wird die grundlegende Bereitschaft zu Verhandlungen der PLO und der Rumpf-PA unter der Führung eines zunehmend delegitimierten Abbas tatsächlich anhalten und politisch weiterhin durchsetzbar sein können?
- Kann eine innerpalästinensische Einigung - zur Gewährleistung des Überlebens einer entscheidungsfähigen Autonomiebehörde - zwischen den antagonistischen Kräften Fatah/PLO und Hamas noch auf friedlichem Wege erlangt werden?

Für das Engagement externer Akteure sind weiters folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Die Blockade des Gazastreifens führte zur Stärkung der Hamas und zu einem humanitären Notstand. Die politische Einbindung der Hamas stellt deshalb eine Option zur Beendigung des Embargos dar.
- Die SSR-Reformen der EU (EUPOL COPPS) und der USA (USSC) festigen durch ihren territorialen Fokus auf die Westbank die institutionelle Trennung von Gaza.
- Die Übernahme der Sicherheitsdienste durch die Hamas in Gaza wird von der Bevölkerung als Sicherheitszuwachs empfunden.
- Die mittlerweile eingefrorene EU BAM (Border Assistance Mission) in Rafah erlaubte es der EU, sich als Akteur im Feld zu behaupten. Eine – vorerst auch virtuelle – Fortführung ist daher zu begrüßen.
- Die deutschen und ägyptischen Vermittlungsversuche zur Befreiung Schalits sollten weitergeführt werden, da sie bei Erfolg zu einer weiteren Erleichterung der Blockade führen könnten.

IFK Monitor
September 2010